

Die Handelskammer zu Magdeburg hat in ihrer ersten diesjährigen Sitzung den Bescheid gefaßt, die Handelskammer zu London freundschaftliche Grüße zu senden. Sie hat diesen Bescheid ausgeführt durch die Abordnung eines Schreibens, in dem sie sich zugleich bereit erklärt, überseits dazu mitzuwirken, das freundschaftliche Einvernehmen zwischen den Handelsvereinen beider Deutschlands und Englands zu fördern und zu kräftigen.

Wie nach der „Magdeburger“ verlautet, planen die Professoren der Universitäten Oxford und Cambridge eine Rundreise zur Förderung der deutsch-englischen Annäherung.

Die Marokko-Konferenz.

Aus Stuttgart meldet uns ein Privattelegramm: Die Landesversammlung der deutschen Parteien, die am Sonntag hier tagte, nahm folgende Resolution einstimmig an: Die Landesversammlung der deutschen Parteien hat dem Reichstag die folgenden Beschlüsse zu übermitteln, die in der Marokko-Frage ebenfalls von den Grundrissen der internationalen Billigkeit und Gerechtigkeit, wie von der Forderung für die Interessen und die Ehre Deutschlands sich ableiten lassen, ihren Dank und die vollste Unterstützung annehmen.

Der „Spartacus“ plant die Wahl der Mitglieder des Reichstages von 1907, das bestimmt werden würde, den Vorzug in der Marokko-Konferenz zu führen, er werde aber das Bestreben der Marokko-Partei zu unterstützen, um mit größerer Unabhängigkeit für die Interessen Spaniens einzutreten zu können.

Die Wahlrechtsbewegung.

Die sozialdemokratischen Nationalkomitees Schloßen am 21. Januar im ganzen Land Wahlrechtsversammlungen zu veranstalten. Strafgedemonstrationen sollen nicht stattfinden.

Politisches.

Gegen die Vorforschungsvolle kündigt die „Deutsche Tageszeitung“ in aller Form die Diktation ihrer Freunde im Reichstage an.

Parlamentarisches.

Nach mehrschlüssigen Gesprächen, in welchen der Reichstagssekretär nochmals Gelegenheit nahm, auf einige der am Freitag gehaltenen Reden zu erwidern, hatte sich am Sonnabend nachmittag die Generaldebatte über die Steuerentwürfe im Reichstage eröffnet. Die Rede von Herrn v. Helldorf, der die Reichstagskommission für die bewaffnete Macht im Reichstag zum erstenmal nach kurzer Zeit in Anwesenheit, so daß das hohe Haus gegen 1/2 Uhr sich vertagen konnte. — In einigen Blättern ist die Rede des nationalliberalen Abgeordneten v. Helldorf am Donnerstag fälschlicherweise dem Abgeordneten Dr. Baumbach untergeschoben worden. Herr Baumbach hat zu den Steuerentwürfen überhaupt nicht das Wort ergriffen.

Die Wahlrechtsbewegung.

Der „Vorwärts“ versichert, daß ein Strafgesetzbuch am 21. Januar von der Berliner Sozialdemokratie gar nicht beabsichtigt war, und bemerkt weiter gegenüber den Meinungen von militanten Vorbereitungen für diesen Fall, man könne sich des Abbruchs nicht erwidern, daß gewisse reaktionäre Kreise es gerne sehen würden, wenn sich Anhang zum Einbruch in die Verwaltung dieser Truppenmacht biete.

In Danzig fanden zehn Versammlungen nach Wahlrechtskämpfen statt. Fast alle Flugblätter wurden von Staatsanwaltschaft konfisziert.

Die für den 21. Januar in zahlreichen Städten und Landgemeinden des Großherzogtums Oldenburg geplanten sozialdemokratischen Versammlungen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts sind von den Oldenburgischen Amtshauptmännern sämtlich verboten worden.

Religion und Konfession.

Die Gesamtynode beschloß sich das neue Kirchensteuergesetz mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Verkehrswesen.

Ein Privattelegramm meldet uns aus Stuttgart: Die Landesversammlung der Deutschen Partei nahm eine Resolution an, in der sie als nationale, volkswirtschaftliche und finanzielle Gründe einen eigenen Zusammenschluß der deutschen Eisenbahnen in Form einer Interessengemeinschaft für ein dringendes Bedürfnis der deutschen Nation erklärt. Sie begrüßt die seitens Württemberg vorgeschlagene Verkehrsmittelgemeinschaft als einen erzielbaren Fortschritt und spricht die Erwartung aus, daß die württembergische Regierung ihre Bemühungen um die baldige Durchführung dieses Planes trotz der in der letzten Zeit aufgetretenen Schwierigkeiten fortsetzen wird.

Am Sonnabend fand im Aufbruch 22 867 Wagen angefahren und geladet wurden. Das sind nach 24 Tagen mehr als am 7. Dezember, an welchem Tage bisher die höchste Zahl erreicht worden war.

Kommunales.

Die Stadtvorwahlen in Erfurt wählten zum Vorsitzenden den Herr Dr. Böcker und als Stellvertreter Justizrat Sudebin. In Verbindung mit der Gemeinderatswahl sind die festliche Einweihung des neuen Rathauses statt.

Wahlrechtsbewegung.

Unter den Vereinen im Siegerland gibt es. Der auf den Kruppischen Verein „Eisenbahner“ und „Gildener“ angelegender Streit der gesamten Reichstagsparteien droht auch auf die anderen Siegerländer Vereine überzuspringen. Nach Meinungen hiesiger Blätter äußert man allenthalben unter den Siegerländer Vereinen bei der letzten unter Konjunktur Unzufriedenheit mit der niedrigen Löhne. Die Arbeitsnachweise der Vereine wollen wegen Lohnverhandlungen vorrücken werden, damit der Generalstreik vermieden wird. Die Presse fordert die Regierung zur Beilegung auf und ermahnt sie, von einem allgemeinen Werkstopp abzusehen, der bei der jetzigen Konjunktur beiden Teilen unersparlichen Schaden bringen würde.

See und Flotte.

Seize feiert in Berlin im Aufstehende lebende General der Kav. Alexander Graf v. Wartenstein den Tod, an dem er vor fünfzig Jahren in den Militärdienst eingetreten ist.

Kollektive Marine. „Stettin“ ist am 12. Januar in Messina eingetroffen und geht am 13. Januar von dort nach Genua in See. „Rhein-Wien“ ist mit dem Grafen des Kreuzer-Geschwaders am 11. Januar in Cadix (Nord-Sumatra) eingetroffen und am 12. Januar von dort nach Padang (Sumatra) in See gegangen. „Ranke“ ist am 12. Januar in Capaccio (Sizilien) und geht am 14. Januar von dort nach Salina (Sizilien) in See.

Delegiertenversammlung deutscher Vereine für Industrie, Handel und Gewerbe. (Nachdruck.)

Bg. Berlin, 14. Jan.

Auf Einladung des „Bundes der Industriellen“ traten am Sonntag vormittag in den „Gnomonhallen“ in der Chausseestraße die Delegierten der deutschen Vereine für Industrie, Handel und

Gewerbe aus dem ganzen Reiche zu einer Konferenz zusammen, deren einziger Zweck Verantwortung gegenüber lautet:

Stellungnahme gegen die neuen Industrie, Handel und Gewerbe schwerbelastenden Reichsteuern.

Nach längeren Reden über die neuen Steuerentwürfe, worauf wir noch zurückkommen, wurde folgende Resolution einstimmig gefaßt:

Die vom Bund der Industriellen einberufene Versammlung von Verbänden und Vertretern aus allen Industrie- und Handelskreisen spricht sich für die Aufbringung von Mitteln für die als notwendig anerkannte Reichsfinanzreform auf Veranschlagung anderer Wege aus. Die Reformierung ist jedoch nicht in der Lage, sich mit der Beibehaltung des Systems einseitiger und verkehrshinderlicher Belastungen von Industrie und Handel und jeder einzelner Gewerkegruppen einverstanden zu erklären. Sie fordert eine großzügige Finanz- und Steuerpolitik, die unter Beachtung aller leistungsfähigen Volkswirtschaftlichen eine dauernde Regelung der Reichsfinanzlage gewährleistet.

Diesen Grundrissen entspricht in der gegenwärtigen Vorlage lediglich die Reichsbeitragssteuer, deren weiterer Ausbau zu empfehlen ist, namentlich auch in der Richtung, daß die Bevorgang des lands- und forstwirtschaftlichen Vermögens befreit wird.

Die Anz., Tabak- und Zigarettenindustrie dürfen nicht wie vorgeschlagen belastet werden, weil dadurch die Erzeugung und das Fortkommen dieser Industrien, besonders in den mittleren und kleineren Betrieben, gehemmt und zum Teil unterbunden wird, und große Arbeitmassen Gefahr laufen, in ihrem Gewerbe geschädigt zu werden.

Besonders sind alle vorgeschlagenen Besteuerungen, wie Grund-, Einkommen-, Fahrten-, Besitz- und Wohnungsversteuerung, abgelehnt, weil damit der modernen und notwendigen Entwicklung zur Bekämpfung der Reichsverschuldung entgegengetrieben wird.

Von der Versammlung wurden folgende Vorschläge der Regierung zur Beachtung empfohlen: 1. die Einführung einer Reichs-Verkehrssteuer, 2. die Einführung einer in der Debatte ebenfalls im Sinne der Resolution gegen die Steuern v. v. Helldorf für den Deutschen Gewerkeverband und v. v. Helldorf für den Verband deutscher Metallarbeiter, ferner v. v. Helldorf für den Verband der Reichsindustriellen Deutschlands und v. v. Helldorf für den Reichsverband der Vertreter des Zentralverbandes der Meß- und Waageindustrie. Schlußwörter: In Bezug 2 der Resolution einzuwenden, die v. v. Helldorf, v. v. Helldorf und v. v. Helldorf (nicht) noch mehr“ (belehrt werden).

Manne empfiehlt, um nicht den Verdacht gewisser Kreise noch mehr zu steigern, den Satz, der bei der Reichsbeitragssteuer die Bevorgang des lands- und forstwirtschaftlichen Vermögens befreit werden soll, zu streichen. Mit diesen Änderungen wird die Resolution einstimmig angenommen. Die Resolution soll den Verbänden und dem Reichstag übermittelt werden.

Mit einem Satz auf Kaiser und Reich schloß Geh. Kommerzienrat Wirth gegen 3 Uhr die Versammlung.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung“.)

Schluß des Reichstags der Sonntagsummer.

Abg. Meiß (Soz., fortgesetzt): Die Duldungssteuer und die Rohanweilungssteuer würden den kleinen Gewerbetreibenden aus schwerer Lasten, die widerstreit dem Grundgeden der Gerechtigkeit, denn wenn man den kleinen Gewerbetreibenden eine Steuer von 100 Mark auferlegt, so ist das nicht weniger gerecht, als wenn man den großen Gewerbetreibenden eine Steuer von 1000 Mark auferlegt. Der Stempel auf Postplakaten kommt einer Erhöhung des Zolls gleich, die man nicht bewilligt hätte. Man soll sie von hintenherum eingeführt werden. Es wäre weit richtiger, wenn man, anstatt die indirekten Steuern immer weiter zu erhöhen, direkte Reichsteuern z. B. eine Einkommensteuer einführt.

Abg. Vogt-Hall (Wirtsch. Ver.): Wenn ich die Vertreter vom Standpunkt der Württemberger Preiser und Wirt betrachte, so föhne ich ihr zustimmen, denn wir haben in Württemberg eine ganz ähnliche Steuer. Trotzdem können wir württembergischen Abgeordneten der Reichsversammlung nicht zustimmen, da wir vor allem Mühe auf die württembergischen Finanzen nehmen müssen, und wir eine solche Steuer nicht auf den Kopf abgeben können. Württemberg hat auch eine Menge Kulturaufgaben zu erfüllen und kann eine Entlastung seiner Staatsfinanzen nicht ertragen. Was die Tabaksteuer anlangt, so behauere ich, daß der Tabaksteuer nicht einen Zoll auf fertige Agaven nach dem Vorbilde von Frankreich einen hohen Prozentsatz vorgeschlagen hat. Wenn man aber jetzt eine Steuer von 100 Mark auferlegt, so ist das nicht weniger gerecht, als wenn man den großen Gewerbetreibenden eine Steuer von 1000 Mark auferlegt. Der Stempel auf Postplakaten kommt einer Erhöhung des Zolls gleich, die man nicht bewilligt hätte. Man soll sie von hintenherum eingeführt werden. Es wäre weit richtiger, wenn man, anstatt die indirekten Steuern immer weiter zu erhöhen, direkte Reichsteuern z. B. eine Einkommensteuer einführt.

Abg. Göttsch (Wirtsch. Ver.): Wenn ich die Vertreter vom Standpunkt der Württemberger Preiser und Wirt betrachte, so föhne ich ihr zustimmen, denn wir haben in Württemberg eine ganz ähnliche Steuer. Trotzdem können wir württembergischen Abgeordneten der Reichsversammlung nicht zustimmen, da wir vor allem Mühe auf die württembergischen Finanzen nehmen müssen, und wir eine solche Steuer nicht auf den Kopf abgeben können. Württemberg hat auch eine Menge Kulturaufgaben zu erfüllen und kann eine Entlastung seiner Staatsfinanzen nicht ertragen. Was die Tabaksteuer anlangt, so behauere ich, daß der Tabaksteuer nicht einen Zoll auf fertige Agaven nach dem Vorbilde von Frankreich einen hohen Prozentsatz vorgeschlagen hat. Wenn man aber jetzt eine Steuer von 100 Mark auferlegt, so ist das nicht weniger gerecht, als wenn man den großen Gewerbetreibenden eine Steuer von 1000 Mark auferlegt. Der Stempel auf Postplakaten kommt einer Erhöhung des Zolls gleich, die man nicht bewilligt hätte. Man soll sie von hintenherum eingeführt werden. Es wäre weit richtiger, wenn man, anstatt die indirekten Steuern immer weiter zu erhöhen, direkte Reichsteuern z. B. eine Einkommensteuer einführt.

Abg. Göttsch (Wirtsch. Ver.): Wenn ich die Vertreter vom Standpunkt der Württemberger Preiser und Wirt betrachte, so föhne ich ihr zustimmen, denn wir haben in Württemberg eine ganz ähnliche Steuer. Trotzdem können wir württembergischen Abgeordneten der Reichsversammlung nicht zustimmen, da wir vor allem Mühe auf die württembergischen Finanzen nehmen müssen, und wir eine solche Steuer nicht auf den Kopf abgeben können. Württemberg hat auch eine Menge Kulturaufgaben zu erfüllen und kann eine Entlastung seiner Staatsfinanzen nicht ertragen. Was die Tabaksteuer anlangt, so behauere ich, daß der Tabaksteuer nicht einen Zoll auf fertige Agaven nach dem Vorbilde von Frankreich einen hohen Prozentsatz vorgeschlagen hat. Wenn man aber jetzt eine Steuer von 100 Mark auferlegt, so ist das nicht weniger gerecht, als wenn man den großen Gewerbetreibenden eine Steuer von 1000 Mark auferlegt. Der Stempel auf Postplakaten kommt einer Erhöhung des Zolls gleich, die man nicht bewilligt hätte. Man soll sie von hintenherum eingeführt werden. Es wäre weit richtiger, wenn man, anstatt die indirekten Steuern immer weiter zu erhöhen, direkte Reichsteuern z. B. eine Einkommensteuer einführt.

Abg. Graf Kanitz (Kons.): Ich möchte nochmals die Beileger empfehlen. Der frühere Abg. Frey hat an uns einen Brief geschrieben, in dem er sagt, daß die meisten Weinbauer eine Reichsbeitragssteuer den jetzigen trübseligen Zuständen vorziehen würden.

Abg. Dr. Hoff (Wirtsch. Ver.) meint, in guten Jahren könne eine Reichsbeitragssteuer ertragen werden, in schlechten Jahren nicht. Was nach dem Erlöschen von Malsburg dem Weinbau fehle, sei eine einheitliche, strenge Kontrolle.

Demit 1 1/2 Uhr die Diskussion.

Die Vorlagen werden an eine Kommission von 23 Mitgliedern übergeben.

Es folgt die Rede des Abg. Frey über die Naturalerstattungen für die bewaffnete Macht im Reichstag.

Der Entwurf bestimmt in der Hauptsache, daß die Höhe für Materialverfügung mit 1000 Mark fest zu werden für volle Tragskraft von 80 Bfa, für 100 Bfa, für 120 Bfa, für 140 Bfa, für 160 Bfa, für 180 Bfa, für 200 Bfa, für 220 Bfa, für 240 Bfa, für 260 Bfa, für 280 Bfa, für 300 Bfa, für 320 Bfa, für 340 Bfa, für 360 Bfa, für 380 Bfa, für 400 Bfa, für 420 Bfa, für 440 Bfa, für 460 Bfa, für 480 Bfa, für 500 Bfa, für 520 Bfa, für 540 Bfa, für 560 Bfa, für 580 Bfa, für 600 Bfa, für 620 Bfa, für 640 Bfa, für 660 Bfa, für 680 Bfa, für 700 Bfa, für 720 Bfa, für 740 Bfa, für 760 Bfa, für 780 Bfa, für 800 Bfa, für 820 Bfa, für 840 Bfa, für 860 Bfa, für 880 Bfa, für 900 Bfa, für 920 Bfa, für 940 Bfa, für 960 Bfa, für 980 Bfa, für 1000 Bfa.

Abg. Graf Kanitz (Kons.) hält die Erhöhung noch nicht für genügend, es würde so viel an Naturalerstattungen verlangt, daß man das für die Entschädigung unmöglich gewähren könnte. Bedauerlich ist es, daß nicht auch die Quartiergelder erhöht würden. In der Kommission müßte man darüber, ob nicht das ganze Gesetz geändert werden müßte, J. B. müßte bei den Bestimmungen mehr Rücksicht auf die Interessen genommen werden, in Einzelheiten dürfte nicht länger als ein Tag Wortpaß gebort werden. Mehrer beantragt, den Entwurf an die Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Graf Kanitz (Kons.) hält die Höhe der Vorlage nicht für genügend, man sollte den Geh von 1000 Mark auf 1200 Mark erhöhen und dann einen besonderen Geh von 1500 Mark für Unteroffiziere festsetzen.

Abg. Hermann von Sonnenberg (Antik.) hält den Entwurf für eine Verbesserung und wünscht eine Erhöhung des Gehes für die Unteroffiziere, damit sich die Soldaten nicht hungern zu Bett legen.

Abg. Göttsch (Wirtsch. Ver.) tritt ebenfalls für eine Erhöhung der Höhe ein und hofft, daß man in der Kommission auf einer Verständigung mit der Regierung kommen werde.

Gewerkschaften Göttsch (Wirtsch. Ver.) tritt ebenfalls für eine Erhöhung der Höhe ein und hofft, daß man in der Kommission auf einer Verständigung mit der Regierung kommen werde. Die jetzigen Sätze beruhen auf Schätzungen, die im Jahre 1875 veranlaßt sind. Man habe man nach dem Durchschnitt einer Reihe von Jahren weitere ganz genaue Ermittlungen vorgenommen und da habe sich das überalterte Ergebnis herausgestellt, daß bis 1901 die Kosten für die zu leistenden Pensionen nicht höher geworden seien, als bis 1890, was um die Hälfte der Mittelverrechnung habe haben nicht über eine Erhöhung um 20 Bfa für die Tagesarbeit hinausgehen zu dürfen erlaubt. Für freiwillige Leistungen über das Geforderte hinaus könne man keine Entschädigung gewähren. Ueber die Frage, ob man für Unteroffiziere einen höheren Geh gewähren könnte, ließe sich zu reden.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Entwurf an die Budgetkommission überwiesen.

Demit 1 1/2 Uhr die Diskussion.

